

# **Dritte Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Gesetzes zur Regelung von Notfallrettung, Krankentransport und Rettungsdienst (3. AVBayRDG)**

Vom 23. März 1998 (GVBl S. 211, BayRS 215-5-1-6-I), geändert durch Verordnung vom 19. Juni 2001 (GVBl S. 326, BayRS 215-5-1-6-I)

Auf Grund von Art. 28 Abs. 1 Nr. 9 und Art. 32 Abs. 4 Satz 1 des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes (BayRDG) vom 10. August 1990 (GVBl S. 282, BayRS 215-5-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Dezember 1997 (GVBl S. 779), erlässt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

## **§ 1 Schiedsstellen**

(1) <sup>1</sup>Die AOK Bayern - Die Gesundheitskasse -,  
der Landesverband der Betriebskrankenkassen in Bayern,  
der Landesverband der Innungskrankenkassen in Bayern,  
der Funktionelle Landesverband der Landwirtschaftlichen Krankenkassen und Pflegekassen in Bayern (LdL/LdLP),  
der Verband der Angestelltenkrankenkassen e.V., Landesvertretung Bayern,  
der Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e.V., Landesvertretung Bayern,  
die Bundesknappschaft - Verwaltungsstelle München  
und  
der Landesverband Bayern und Sachsen der gewerblichen Berufsgenossenschaften  
bilden

1. für Fälle des Art. 20 Abs. 2 Satz 2 BayRDG mit den Rettungszweckverbänden und
2. für Fälle des Art. 24 Abs. 2 Satz 3 BayRDG mit den Durchführenden des Rettungsdienstes

jeweils eine Schiedsstelle. <sup>2</sup>In die Schiedsstelle nach Satz 1 Nr. 2 entsenden

1. das Bayerische Rote Kreuz zwei Mitglieder
2. der Arbeiter-Samariter-Bund, der Malteser Hilfsdienst, die Johanniter-Unfall-Hilfe, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft und die Landeshauptstadt München ein gemeinsames Mitglied und

3. die privatwirtschaftlichen Unternehmer ein gemeinsames Mitglied; solange kein Unternehmer durch öffentlich-rechtlichen Vertrag gemäss Art. 31 Abs. 2 BayRDG in den öffentlichen Rettungsdienst integriert ist, entsenden die in Nr. 2 genannten Hilfsorganisationen ein zweites gemeinsames Mitglied, dessen Bestellung mit dem Wirksamwerden der Bestellung eines Mitglieds der privatwirtschaftlichen Unternehmer endet.

(2) <sup>1</sup>Die Amtsperiode der Schiedsstellen beträgt jeweils vier Kalenderjahre. <sup>2</sup>Die erste Amtsperiode beginnt mit den Inkrafttreten dieser Verordnung und endet am 31. Dezember 2001. <sup>3</sup>Die Geschäfte der Schiedsstellen werden von der Zentralen Abrechnungsstelle für den Rettungsdienst beim Präsidium des Bayerischen Roten Kreuzes geführt (Geschäftsstelle).

## **§ 2 Besetzung**

(1) Die Bestellung der Vertreter der beteiligten Organisationen und ihrer Stellvertreter wird wirksam, sobald ihre Namen der Geschäftsstelle schriftlich bekannt gegeben worden sind.

(2) Die Bestellung des Vorsitzenden und seines Stellvertreters wird wirksam, sobald sie sich gegenüber dem Staatsministerium des Innern schriftlich zur Amtsübernahme bereit erklärt haben.

(3) Kommt bis spätestens sechs Wochen nach Beginn der Amtsperiode keine Einigung der beteiligten Organisationen über den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter zustande, so erfolgt die Bestellung nach Art. 22 Abs. 2 Satz 7 BayRDG durch das Staatsministerium des Innern.

(4) <sup>1</sup>Die Amtsdauer der Mitglieder der Schiedsstelle endet mit dem Ablauf der Amtsperiode; bis zur Bestellung der neuen Mitglieder führen sie jedoch die Geschäfte weiter.

<sup>2</sup>Dies gilt auch im Fall eines Mitgliederwechsels während einer Amtsperiode. <sup>3</sup>Erneute Bestellung ist möglich.

(5) <sup>1</sup>Die Mitglieder der Schiedsstelle und ihre Stellvertreter können jederzeit ihr Amt niederlegen. <sup>2</sup>Die Niederlegung des Amts ist der für die Bestellung zuständigen Organisation gegenüber schriftlich zu erklären; diese hat den Vorsitzenden schriftlich zu benachrichtigen. <sup>3</sup>Die Niederlegung des Amts des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters ist gegenüber der Geschäftsstelle schriftlich zu erklären; diese hat die beteiligten Organisationen und das Staatsministerium des Innern schriftlich zu benachrichtigen.

(6) <sup>1</sup>Die beteiligten Organisationen können gemeinsam den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter abberufen. <sup>2</sup>Kommt eine Einigung nicht zustande, so kann das Staatsministerium des Innern aus wichtigem Grund den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter abberufen, wenn dies eine der beteiligten Organisationen beantragt.

(7) <sup>1</sup>Die beteiligten Organisationen können ihre Vertreter und Stellvertreter jederzeit abberufen; für die Abberufung gemeinsam bestellter Vertreter und Stellvertreter gilt Absatz 6 sinngemäß. <sup>2</sup>Die Abberufung ist dem Vorsitzenden schriftlich mitzuteilen. <sup>3</sup>Sie wird mit dem Eingang der Mitteilung wirksam.

(8) <sup>1</sup>Für die Ablehnung von Mitgliedern der Schiedsstelle gelten § 41 Nrn. 1 bis 3, 5 und 6, §§ 42 und 43 sowie § 44 Abs. 2 bis 4 der Zivilprozessordnung entsprechend. <sup>2</sup>Die Eigenschaft als gesetzlicher Vertreter eines Beteiligten und die Tätigkeit im vorangegangenen Verfahren als Bevollmächtigter oder Beistand eines Beteiligten berechtigen nicht zur Ablehnung. <sup>3</sup>Das Ablehnungsgesuch ist bei der Schiedsstelle anzubringen. <sup>4</sup>Über das Ablehnungsgesuch entscheidet die Schiedsstelle ohne das abgelehnte Mitglied, an dessen Stelle sein Stellvertreter an der Beratung und Beschlussfassung über die Ablehnung teilnimmt. <sup>5</sup>Scheidet ein Mitglied durch Ablehnung aus, nimmt sein Stellvertreter am Verfahren teil.

### **§ 3 Verfahren**

(1) Die Schiedsstellen geben sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern bedarf.

(2) Der Vorsitzende bestimmt Zeit und Ort der Sitzung und veranlasst die Ladung der Mitglieder, der Beteiligten und Dritter, deren Beiziehung er für sachgerecht erachtet.

(3) <sup>1</sup>Die Schiedsstelle entscheidet auf Grund mündlicher, nichtöffentlicher Verhandlung, zu der die Beteiligten zu laden sind. <sup>2</sup>Die Ladungsfrist beträgt mindestens eine Woche. <sup>3</sup>Es kann auch in Abwesenheit der Beteiligten verhandelt werden, falls in der Ladung darauf hingewiesen wird.

(4) <sup>1</sup>Die Schiedsstelle ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und sie oder ihre Stellvertreter anwesend sind. <sup>2</sup>Wird die Schiedsstelle zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, ist sie bei Anwesenheit des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters und im Übrigen ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. <sup>3</sup>Bei der zweiten Ladung muss auf diese Bestimmung hingewiesen werden.

(5) <sup>1</sup>Die Schiedsstelle bedient sich aller Beweismittel, die sie für erforderlich hält. <sup>2</sup>Sie bezieht die Ergebnisse vorangegangener Verhandlungen der Beteiligten ein und lässt sich von ihnen die Bereiche benennen, über die eine Einigung nicht zustande gekommen ist. <sup>3</sup>Zeugen und Sachverständige, die auf Beschluss der Schiedsstelle hinzugezogen werden, erhalten eine Entschädigung nach dem Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen.

(6) <sup>1</sup>Die Schiedsstelle entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit. <sup>2</sup>Stimmenthaltung ist nicht zulässig. <sup>3</sup>Die Beratung und Beschlussfassung erfolgt in Abwesenheit der Beteiligten. <sup>4</sup>Die Entscheidung der Schiedsstelle (Schiedsspruch) ist schriftlich zu erlassen, zu begründen und den Beteiligten unverzüglich bekannt zu geben.

#### **§ 4 Vergütung der Mitglieder**

<sup>1</sup>Die Geschäftsstelle gewährt den Mitgliedern der Schiedsstelle

1. Reisekosten gemäss dem Bayerischen Reisekostengesetz
2. Pauschalbeträge für sonstige Barauslagen und für Zeitversäumnis.

<sup>2</sup>Die Pauschalbeträge setzen die beteiligten Organisationen einvernehmlich fest. <sup>3</sup>Das Staatsministerium des Innern ist zu unterrichten.

## **§ 5 Kosten**

<sup>1</sup>Die Kosten des Vorsitzenden, seines Stellvertreters und der übrigen Mitglieder der Schiedsstelle sowie die sonstigen sächlichen und persönlichen Kosten der Schiedsstellen tragen zur einen Hälfte die in § 1 genannten Sozialversicherungsträger. <sup>2</sup>Die andere Hälfte tragen im Fall des § 1 Abs. 1 Nr. 1 die Rettungszweckverbände und im Fall des § 1 Abs. 1 Nr. 2 die Durchführenden des Rettungsdienstes. <sup>3</sup>Die Sozialversicherungsträger, die Rettungszweckverbände und die Durchführenden des Rettungsdienstes vereinbaren die Verteilung der auf sie entfallenden Kosten; kommt eine Einigung nicht zustande, regelt das Staatsministerium des Innern die Verteilung.

## **§ 6 Luftrettung**

<sup>1</sup>Für Schiedsverfahren in der Luftrettung gelten § 1 Abs. 2 Sätze 1, 2 und §§ 2 bis 5 entsprechend. <sup>2</sup>Die Geschäfte der Schiedsstellen werden von einem der in § 1 Abs. 1 genannten Sozialversicherungsträger geführt (Geschäftsstelle).

## **§ 7 Ärztlicher Leiter Rettungsdienst**

(1) Der Ärztliche Leiter Rettungsdienst wird

1. im Rettungsdienstbereich Hof,
  2. im Rettungsdienstbereich Kempten (Allgäu),
  3. im Rettungsdienstbereich Regensburg und
  4. im Rettungsdienstbereich Rosenheim
- erprobt.

(2) <sup>1</sup>Der Ärztliche Leiter Rettungsdienst wird auf Vorschlag des Staatsministeriums des Innern durch den Rettungszweckverband für die Zeit bis zum 31. Dezember 2002 bestellt. <sup>2</sup>Der Vorschlag erfolgt im Benehmen mit der Bayerischen Landesärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns. <sup>3</sup>Der Ärztliche Leiter Rettungsdienst übt seine Tätigkeit außerhalb seiner hauptberuflichen Tätigkeit aus. <sup>4</sup>Eine vorzeitige Abberu-

fung des Ärztlichen Leiters Rettungsdienst durch den Rettungszweckverband ist nur aus wichtigem Grund und nur mit Zustimmung des Staatsministeriums des Innern möglich.

(3) <sup>1</sup>Empfehlungen des Ärztlichen Leiters Rettungsdienst zu Zahl, Standort oder Ausstattung von rettungsdienstlichen Einrichtungen sind von der Verbandsversammlung bei nächster Gelegenheit zu behandeln. <sup>2</sup> Zu Entscheidungen über Zahl, Standort oder Ausstattung von rettungsdienstlichen Einrichtungen ist der Ärztliche Leiter Rettungsdienst von der Verbandsversammlung zu hören.

(4) Der Ärztliche Leiter Rettungsdienst kann durch Weisung

1. gegenüber den Durchführenden des Rettungsdienstes Grundsätze über eine einheitliche pharmakologische und medizinische Ausstattung und Ausrüstung von Krankenkraftwagen und Notarzteinsatzfahrzeugen festlegen,
2. gegenüber den Durchführenden des Rettungsdienstes unter Berücksichtigung des Stands der Wissenschaft medizinische Behandlungsleitlinien für nichtärztliches Personal festlegen und
3. alle an der Durchführung des Rettungsdienstes beteiligten Personen und Stellen zur Einhaltung rechtlicher und vertraglicher Bestimmungen anhalten.

## **§ 8 Inkrafttreten**

<sup>1</sup>Diese Verordnung tritt am 1. April 1998 in Kraft. <sup>2</sup>§ 7 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2002 außer Kraft.